

teilten Nachteile entstanden sind, deren Vermeidung zu einer für den Verurteilten günstigeren Entscheidung hätte führen können;

- statt einer Freiheitsstrafe eine Strafe ohne Freiheitsentzug auszusprechen wäre;
- einem ungerechtfertigt milden Strafausspruch eine Verkenning der Schwere der Straftat zugrunde liegt und die erkannte Strafe mit der wirksamen Kriminalitätsbekämpfung nicht vereinbar ist;
- die Strafe im Verhältnis zur Tatschwere stark überhöht ist.

Führte die Prüfung der Kassationsbedürftigkeit zu keiner positiven Entscheidung, wird von einem Kassationsantrag abzusehen sein. Die Kassationsbedürftigkeit gerichtlicher Entscheidungen kann *ausgeschlossen* sein, wenn

- der Angeklagte nach Art und Höhe der Strafe zu milde bestraft wurde, er jedoch in der Zeit nach der Verurteilung durch sein Verhalten im Arbeitsprozeß, seine sonstige gesellschaftliche Tätigkeit, die Wiedergutmachung des evtl. angerichteten Schadens zu erkennen gegeben hat, daß er die erforderlichen Lehren gezogen und das Vertrauen der Bürger wiedergewonnen hat, und durch die feste Eingliederung in den Arbeitsprozeß oder in ein anderes Kollektiv die Gewähr gegeben ist, daß die erforderliche Erziehung des Täters erfolgt und positive Ergebnisse sichtbar sind;
- die Gesetzesverletzung solcher Art ist, daß sie keinen Einfluß auf das Ergebnis der Entscheidung hatte;
- die rechtliche Subsumtion zwar falsch ist, aber im Ergebnis keinen bedeutenden Einfluß auf den Schuld- und Strafausspruch hatte, z. B. eine Verurteilung wegen Diebstahls persönlichen Eigentums erfolgte anstatt einer Verurteilung wegen Diebstahls sozialistischen Eigentums;
- zwischen der Tatbegehung und der Verurteilung einerseits und dem Zeitpunkt der Kassation andererseits eine erhebliche Zeit verstrichen ist, eine erneute Verhandlung und Entscheidung insbesondere zuungunsten des Angeklagten aber nunmehr auf das begründete Unverständnis der Öffentlichkeit stoßen würde, insbesondere, wenn Maßnahmen zur Überwindung der Faktoren eingeleitet und wirksam geworden sind, die für die Tatbegehung entscheidend waren, und auch das jetzige Verhalten des Angeklagten positiv zu beurteilen ist;
- der Vollzug der Freiheitsstrafe auf Bewährung ausgesetzt wurde.

Die Feststellung der Kassationsfähigkeit und Kassationsbedürftigkeit rechtskräftiger gerichtlicher Entscheidungen ergibt sich aus der Prüfung der Gesamtheit der Unterlagen des Strafverfahrens. Die Entscheidung, die ihr zugrunde liegenden Ergebnisse des Ermittlungsverfahrens und der Beweisaufnahme sind Grundlage für die Beantwortung der Frage, ob die Voraussetzungen für den Antrag auf Durchführung eines Kassationsverfahrens vorliegen. Es besteht keine Möglichkeit, ein sogenanntes Vorverfahren durchzuführen, um entscheiden zu können, ob ein Kassationsantrag gestellt werden soll. Eine solche Verfahrensweise würde nur dazu führen, neben den der rechtskräftigen Entscheidung zugrunde liegenden Beweisen Feststellungen zu treffen, die dem Vordergericht nicht bekannt bzw. nicht Gegenstand der Beweisaufnahme waren. Das schließt jedoch nicht aus, daß der Antrags-